

1/3 drucken speichern ablegen

SUCHEN

APA0321 5 II 0337 Di, 30.Sep 2014

Demokratie / Wien / Österreich

Initiative Mehrheitswahlrecht für Amtszeitbeschränkung für Kanzler

Utl.: **Demokratiefbefund**: Große Unzufriedenheit der Bevölkerung mit Politik im vergangenen Jahr, aber Vertrauen nach Regierungsumbildung gestiegen =

Wien (APA) - Die Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform hat bei einer Pressekonferenz am Dienstag ihre Forderungen nach einer Reform des Amtsgeheimnisses und einer Wahlrechtsrechtsform in Richtung stärkere Personalisierung erneuert. Außerdem sprach sich die Initiative bei der Präsentation des Demokratiefbefunds 2014 dafür aus, bestimmte politische Ämter mit einer Amtszeitbeschränkung auszustatten.

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik ist nach elf Monaten großer Unzufriedenheit nach der Regierungsumbildung im September gestiegen. Laut einer Befragung des Meinungsforschungsinstituts OGM unter 500 wahlberechtigten Österreichern im September hat sich das Vertrauen gegenüber dem Vorjahr verbessert - "wenn auch auf niedrigem Niveau", sagte Karin Cvrtila von OGM. Es stieg von 23 Prozent im Vorjahr auf 28 Prozent.

"Political Leadership wird am besten gesehen auf Gemeinde- und Länderebene, am kritischsten auf Bundesebene", sagte David Campbell von der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft (ÖGPW). Das gehe aus einer Befragung im Juli und August 2014 unter 200 Experten aus Wissenschaft, Medien, Wirtschaft und Interessensvertretungen hervor. Hohe Zustimmung gab es dafür, in der Politik mehr Durchlässigkeit und Flexibilität zu ermöglichen. So sei einerseits die Möglichkeit der Abwahl von Politikern dem Demokratieverständnis dienlich, allerdings müsse auch ein Wiedereinstieg möglich sein.

Verfassungsjurist Theo Öhlinger kritisierte, dass sich die angekündigte Reform des Amtsgeheimnisses "nur sehr holprig" entwickle und forderte "mehr Dynamik" sowie die Einführung eines Informationsbeauftragten ein. Handlungsbedarf sieht die Initiative außerdem nach wie vor in einer Wahlrechtsreform, beim Ausbau der direkten Demokratie und bei der Umsetzung einer Verwaltungsreform. Außerdem plädierte der Sprecher der Initiative Heinrich Neisser dafür, bestimmte politische Ämter nach dem Vorbild des Bundespräsidenten mit einer Amtszeitbeschränkung auszustatten. So solle etwa der Bundeskanzler nur einmal wiedergewählt werden dürfen.

Die Initiative Mehrheitswahlrecht ist eine Vereinigung ehemaliger Politiker, "Meinungsbildner" und Wissenschaftler, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, "für eine Repolitisierung der Gesellschaft zu sorgen", wie es Neisser formulierte. Die parlamentarische Enquetekommission zur Demokratiereform begrüßte er: "Das Konzept ist positiv, weil es einen gewissen Arbeitsablauf garantiert."

(Schluss) ban/bei

APA0321 2014-09-30/13:00

301300 Sep 14

ÄHNLICHE MELDUNGEN

[Sieben Tage Innenpolitik - die Woche vom 29.9. bis 5.10. =](#)
APA 26.09.2014 12:41:23 26%

[Regierungsumbildung: Neues Team stellt sich dem Parlament vor](#)
OTS 02.09.2014 17:12:59 23%

[BZÖ fordert Wahlpflicht in Österreich für Wahlen zu gesetzgebenden ...](#)
OTS 19.08.2014 10:39:53 21%

[mehr](#)

WEITERE INFORMATIONEN

Unter www.aom.apa.at finden Sie nähere Informationen zu den AOM-Produkten der APA – Austria Presse Agentur.

Der [OTS-Manager](#) - Das Aussendetool für Ihre Kommunikationsarbeit.

Der Standard: Demokratie gern in kleinen Happen

CONRAD SEIDL | 30. September 2014, 20:22

Initiative für Beschränkung der Amtszeit des Kanzlers

Wien - Viel schlimmer kann es mit dem Ansehen der Politiker nicht mehr werden, das Vertrauen der Österreicher in die Politik ist laut einer am Dienstag präsentierten OGM-Umfrage bei 58 Prozent der Wahlberechtigten "in den letzten fünf Jahren" gesunken. Und bei 39 Prozent war es gleich geblieben - auf niedrigem Niveau, denn bei Messungen in früheren Jahren waren die Zahlen bei der Angabe "gesunken" eben höher, die Angabe "gleich geblieben" kleiner.

Der ehemalige ÖVP-Spitzenpolitiker Heinrich Neisser wirkt bei der Vorstellung des Demokratieberichts 2014 wenig optimistisch, "dass man aus dem Demokratiegeplapper herauskommt" - die geplante parlamentarische Enquetekommission bezüglich direkter Demokratie werde wohl in Sachen Wahlrecht wenig bringen. Meinungsforscherin Karin Cvrtila, die mit Neissers "Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform" den Demokratiebericht präsentiert, meint gar: "Wahlen sind nun mal in der Bevölkerung nicht der Hit."

Leadership in Gemeinden

David Campbell von der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft (ÖGPW), der für die Initiative bei Meinungsführern untersucht hat, wo "Political Leadership" vermutet wird, ortet diese vor allem auf Kommunal- und Landesebene - auch die Meinungsforscher betonen das deutlich höhere Ansehen der Politik auf volksnahen Ebenen. Man liebt Demokratie in kleinen Happen.

Was die Frage aufwirft, warum in Österreich der Reformstau immer dann beklagt wird, wenn es der wenig beliebten Bundespolitik nicht gelingt, die beliebten Landes- und Kommunalpolitiker zu entmachten. Campbell versucht, seine Daten dahingehend zu interpretieren, "dass es gut ist, dass es ein föderalistisches System gibt".

Der Verwaltungsökonom Günter Voigt ergänzt auf Nachfrage des Standard: Österreich brauche eine effiziente und bürgernahe Verwaltung, diese könne man aber getrost abgekoppelt von politischen Machtverhältnissen betrachten. Die sehr föderalistische Schweiz gebe pro Kopf der Bevölkerung halb so viel aus wie Österreich - das sehr zentralistische England ebenso. Wenn man aber bedenke, dass Schweden bei fünffacher Fläche und 20 Prozent mehr Einwohnern mit nur 240 Gemeinden auskomme, dann sei klar, dass Österreich mit fast 2400 Gemeinden nicht billiger verwaltet werden kann.

Die Initiative will nicht nur ein Mehrheitswahlrecht - zumindest eine Vergabe möglichst vieler Mandate in Einer-Wahlkreisen -, sondern auch systematischen Austausch des politischen Personals. So soll der Bundeskanzler oder eine künftige Kanzlerin ähnlich dem Bundespräsidenten nur zwei Amtsperioden dienen können. Und Politiker sollten eher jung Verantwortung übernehmen, um dann entspannt zurücktreten zu können,

schlägt Campbell (unterstützt von Neisser) vor: Nach einer Zeit in der Privatwirtschaft oder gar im Kunstbetrieb wäre eine Rückkehr in die politische Arena wünschenswert, weil so neue und alte Erfahrungen zusammenkämen. (Conrad Seidl, DER STANDARD, 1.10.2014)